

Ini4**Hannah Elten****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****”Der Tag danach” ist jetzt: für eine menschenrechtsbasierte Rolle der Bundesregierung im Nahost-Konflikt**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-
2 glieder der Bundesregierung sowie die SPD-
3 Bundestagsfraktion dazu auf, sich für folgen-
4 de Punkte einzusetzen: 1. Die Bundesregie-
5 rung soll sowohl die Hamas als auch die israe-
6 lische Regierung zu einer sofortigen Einstel-
7 lung der Kampfhandlungen in Gaza und der
8 Raketenabschüsse von Gaza auf Israel auffor-
9 dern. 2. Die Bundesregierung muss die israe-
10 lische Regierung dazu auffordern, sofort al-
11 le technisch möglichen Maßnahmen zur Her-
12 stellung einer ausreichenden humanitären
13 Versorgung Gazas zu unternehmen: die Er-
14 möglichung einer vollständigen Instandset-
15 zung und Betriebsaufnahme von Kranken-
16 häusern, Einfuhrerlaubnis aller notwendigen
17 medizinischen Geräts, die Öffnung aller ver-
18 fügbaren Grenzübergänge (einschl. Häfen)
19 für humanitäre Lieferungen - auch aus Is-
20 rael selbst -, eine massive Beschleunigung
21 der zeitraubenden Inspektionen, die multila-
22 terale Erarbeitung und Implementierung ei-
23 nes umfassenden Shelter-Konzepts und die
24 vollumfassende Visaausstellung für humani-
25 täres Personal der VN. Ein besonderes Au-
26 genmerk sollte auf die angemessene Versor-
27 gung von Frauen und Kindern in Gaza ge-
28 legt werden, die inmitten der humanitären
29 Katastrophe besonders vulnerabel sind. Dies
30 umfasst u.a. die ausreichende Versorgung
31 von Schwangeren und gebärenden Personen.
32 Sollte die israelische Regierung dieser Auf-
33 forderung nicht nachkommen, soll die Bun-
34 desregierung Konsequenzen für ihre politi-
35 sche und materielle Unterstützung der israe-
36 lischen Regierung beschließen. 3. Die Bundes-
37 regierung soll sich nachdrücklich dafür ein-
38 setzen, dass dem Internationalen Komitee

39 des Roten Kreuz (IKRK) vollumfänglicher Zu-
40 gang zu allen Geiseln der Hamas verschafft
41 wird. Die sofortige Freilassung aller Geiseln
42 muss weiterhin durch die Bundesregierung
43 gefordert werden. 4. Die Bundesregierung
44 soll sich nachdrücklich öffentlich dafür ein-
45 setzen, dass dem IKRK und weiteren entspre-
46 chenden (juristischen) Vertreter*innen voll-
47 umfänglicher Zugang zu palästinensischen
48 Inhaftierten gewährt wird, sowie, dass de-
49 ren Grundrechte gewahrt werden. 5. Die Bun-
50 desregierung soll vor dem IStGH einwirken,
51 dass das Gericht und die internationale Ge-
52 meinschaft laufende Untersuchungen zu Ver-
53 brechen beider Konfliktparteien priorisieren.
54 Hierfür müssen zeitnah ausreichend Mittel
55 bereitgestellt und unbedingte Kooperation
56 seitens der Palästinensischen Autonomiebe-
57 hörde sowie der israelischen Regierung ein-
58 gefordert werden, um zügige und effektive
59 Ermittlungen zu ermöglichen. Aus einer fe-
60 ministischen Perspektive ist hier insbeson-
61 dere die umfassende Aufklärung und Aufar-
62 beitung berichteter Fälle von sexualisierter
63 Gewalt unabdinglich - allen voran der Ver-
64 brechen der Hamas, allerdings auch der Ver-
65 dachtsfälle sexualisierter Gewalt an palästi-
66 nensischen Jungen und Männern durch Mit-
67 glieder der IDF. Beides braucht ein hohes Maß
68 an Sensibilität und Erfahrung. Aus diesem
69 Grund sollte sich die Bundesregierung da-
70 für einsetzen, dass die VN gemeinsam mit
71 Israel ein Ermittler*innenteam zusammen-
72 stellt, welches bereits Erfahrungen mit der
73 Aufklärung von Sexualstraftaten in bewaff-
74 neten Konflikten hat. 6. Für die Realisierung
75 einer Zwei-Staaten-Lösung soll die Bundesre-
76 gierung eine proaktivere und nachdrückliche-
77 re Rolle als bisher einnehmen. Deshalb soll-
78 te sie den Vorschlag von Prof. Meron Mendel
79 einer durch die Bundesregierung (co-)orga-
80 nisierten Konferenz mit allen relevanten Ak-
81 teuren, einschl. zivilgesellschaftlicher Vertre-
82 ter*innen, zur Erreichung einer Zwei-Staaten-
83 Lösung ohne Hamas-Beteiligung zeitnah auf-
84 greifen. 7. Die Bundesregierung soll außer-

85 dem eine “Gaza Recovery Conference” (co-)or-
86 ganisieren, welche sich an der bereits ins Le-
87 ben gerufenen Initiative für die Ukraine orien-
88 tiert. Für eine funktionierende palästinensi-
89 sche Zivilverwaltung und die Schaffung einer
90 demokratischen, liberalen palästinensischen
91 Gesellschaft fernab von Trauma und Gewalt
92 wird es entschlossenere internationale Un-
93 terstützung als bislang benötigen. Deutsch-
94 land sollte sich hier in Form eines “Marshall-
95 Plans” engagieren, welcher neben finanziel-
96 ler Unterstützung vor Ort auch im großen Stil
97 Stipendien, Austauschprogramme und Pro-
98 jekte zur Völkerverständigung für die Men-
99 schen in Gaza und im Westjordanland be-
100 reitstellt. 8. Die Bundesregierung soll eine
101 unabhängige und transparente Evaluierung
102 des deutschen Handelns und der Fremdwahr-
103 nehmung Deutschlands im globalen Süden
104 durchführen, insb. im arabischen Raum. Um
105 langfristig als glaubwürdiger, wertegeleiteter
106 Partner angesehen zu werden, wird es ne-
107 ben Bemühungen der strategischen Kommu-
108 nikation ein umfassendes Engagement mit
109 der dortigen Zivilgesellschaft benötigen. Die-
110 se sollte in Anlehnung an die Leitlinien Femi-
111 nistische Außenpolitik und die Strategie für
112 Feministische Entwicklungszusammenarbeit
113 erfolgen, und von einer weiteren Mittelstrei-
114 chung für feministische Organisationen ab-
115 sehen, welche sich vor Ort für Demokratie
116 und Menschenrechte einsetzen.